Wer hat Angst vor Donald Trump?

Deutsche Firmen investieren kräftig in den USA. Die Ungewissheit vor der Wahl im Herbst schreckt sie nicht.

New York – Die Amerikaner lieben Weingummi von Haribo. Bislang mussten sie dafür aus Europa importiere Tüten kaufen. Damit ist es vorbei. Als Reaktion auf die große Nachfrage in den USA eröffnete der deutsche Süßwarenhersteller im vergangenen Sommer seine erste nordamerikanische Fabrik in Pleasant Prairie, Wisconsin. Seither purzeln dort Tag für Tag unzählige Gummibärchen vom Band.

Haribo ist nur eines von 5800 deutschen Unternehmen, die in den Vereinigten Staaten Autos und Medikamente, Lebensmittel und Chemikalien herstellen oder verkaufen. Eine Million Amerikaner arbeiten in ihren Fabriken oder an ihren Vertriebsstandorten. Mehr als 600 Milliarden Dollar haben deutsche Firmen im Land investiert – fast dreimal so viel wie noch vor zehn Jahren.

Doch nun müssen sich Dax-Unternehmen wie Mittelständler mit dem Gedanken anfreunden, dass mit Donald Trump ein Mann ins Präsidentenamt zurückkehren könnte, der neue Zölle auf ausländische Importe erheben, ein milliardenschweres staatliches Infrastrukturprogramm zurücknehmen und illegale Einwanderer – und damit potenzielle Arbeitskräfte – aus dem Land werfen will. Es sind Drohungen, die auch den deutschen Unternehmen ihr US-Geschäft verderben könnten. Oder nicht?

„Es wird keine großen Auswirkungen haben, wer im November ins Weiße Haus gewählt wird. Die Vereinigten Staaten bleiben *the place to be*." Das sagt Stefan Simon, der im Vorstand der Deutschen Bank für das US-Geschäft zuständig ist. Am vergangenen Donnerstag hat die Bank deutsche Geschäftsleute in ihre New Yorker Dependance am Central Park geladen. Gemeinsam mit der deutschen Außenhandelskammer will man einen Blick auf die US-Wirtschaft und die anstehende Präsidentschaftswahl werfen. Auf den Fluren hängt Kunst, Kellner reichen Prosecco. Die Stimmung ist gut.

Trotz etwa drei Prozent Inflation ebbt die Kauflust der Amerikaner nicht ab

Von Angst vor einer Rezession, die viele US-Ökonomen noch vor einigen Monaten voraussagten und einem unberechenbaren Mann an der Spitze des Staates ist jedenfalls wenig zu spüren. Das belegt auch eine Umfrage, die die Außenhandelskammer an diesem Abend präsentiert. 91 Prozent der 220 befragten deutschen Firmen rechnen ihr zufolge auch im Wahljahr 2024 mit wachsenden Umsätzen in den Vereinigten Staaten. Ein noch größerer Anteil – 96 Prozent – will in den kommenden beiden Jahren noch stärker im Land investieren als zuvor.

Spricht man mit Bankern, Geschäftsführern und Repräsentanten der deutschen Wirtschaft, lautet ihr Urteil ähnlich. Es dominiert Optimismus, oder besser gesagt: Pragmatismus. Vielen deutschen Unternehmen mit internationalen Ambitionen fehlten schlicht die Alternativen, sagt zum Beispiel Oliver Hildenbrand vom „German Desk" der DZ Bank, das deutschen Firmen den Markteintritt in den Vereinigten Staaten erleichtern will. „China ist nicht mehr so gefragt, gleiches gilt für manche europäische Nachbarländer Deutschlands. Die USA hingegen bieten einen attraktiven Markt und ein gesichertes rechtliches Umfeld", sagt Hildenbrand.

Viele glauben, dass auch Trump als Präsident daran so schnell nichts ändern würde. Die meisten Geschäfte werden in den Bundesstaaten oder mit lokalen Wirtschaftsvertretern angebahnt, die deutlich freundlicher auftreten als Trump und sein in mancher Hinsicht nicht weniger protektionistisch agierender Rivale Joe Biden.

Eine wichtigere Rolle als die Politik in Washington spielt für die deutschen Unternehmen das aktuelle Marktumfeld, wie die Umfrage der Außenhandelskammer belegt. Und das ist im Vergleich zu anderen Exportmärkten der deutschen Wirtschaft überaus positiv: Die US-Konjunktur läuft überdurchschnittlich gut. Trotz mehr als drei Prozent Inflation flacht die Kauflust der Amerikaner nicht ab. Viele von ihnen sind bereit, hohe Preise zu zahlen, weshalb die Margen in den USA als besonders attraktiv gelten.

Viele Firmen haben sich an Trump gewöhnt wie an einen verrückten Onkel

Dennoch würde eine zweite Amtszeit Trumps die Handelsbeziehungen zu Deutschland wahrscheinlich belasten, so wie es schon einmal der Fall war. Seine Pläne für die Wirtschaft sind auch diesmal nicht weniger radikal, ganz zu schweigen von seinen jüngsten Drohungen, Europa an Russland auszuliefern.

Trump will Beamte in Behörden durch Gefolgsleute ersetzen und das Umweltamt EPA gleich ganz abschaffen, was auch die Wirtschaftswelt verunsichern würde. Ebenso gilt es als wahrscheinlich, dass er den Inflation Reduction Act zurücknehmen würde. Das grüne Infrastrukturprogramm der Demokraten war für deutsche Unternehmen ein weiterer Anreiz für Investitionen in den USA, wenn auch kein ausschlaggebendes Kriterium dafür.

Daneben hat Trump Zölle von zehn Prozent auf alle ausländischen Importe angekündigt. Während manche Experten glauben, dass die meisten Anbieter diese an ihre Kunden weiterreichen würden, warnt der oberste Vertreter der deutschen Wirtschaft in Washington vor Trumps Plänen. „Das wäre nicht nur für die deutschen Unternehmen ein ernsthaftes Problem, weil viele für ihre Produktion in den USA beispielsweise Maschinenteile importieren müssen", sagt Christoph Schemionek, Leiter der Delegation der deutschen Industrie. „Auch amerikanische Unternehmen, die auf Importe angewiesen sind, wären hiervon betroffen."

Schemionek sieht aber auch die Wirtschaftspolitik Joe Bidens nicht unkritisch. „Die deutschen Unternehmen suchen händeringend Arbeitskräfte", sagt er. Manche würden gern jene Einwanderer einstellen, die nicht nur in den vergangenen Monaten über die Grenze zu Mexiko ins Land gekommen sind. Doch die meisten von ihnen bekommen auch nach Monaten oder gar Jahren keine Arbeitserlaubnis – so ist es politisch gewollt.

Und was ist mit Trumps Verachtung für die Justiz, seinem Hang zu Verschwörungstheorien und der zunehmend an autoritäre Herrscher erinnernden Rhetorik?

Es ist nicht so, dass deutsche Geschäftsleute in den USA kein Problem damit hätten. Edwin Grempels zum Beispiel, der seit 17 Jahren nahe Charlotte in North Carolina lebt und die US-Gesellschaften verschiedener deutscher Mittelständler geleitet hat, sagt von sich: „Ich bin überhaupt kein Trump-Fan." Er erzählt, wie er nach Trumps Wahl mit amerikanischen Mitarbeitern diskutiert habe, die sich als dessen Anhänger zu erkennen gaben und ihrem damaligen Präsidenten die wildesten Lügen glaubten. Irgendwann habe er zwar aufgegeben, sagt Grempels. Aber an seiner Entscheidung für die USA habe er nie gezweifelt. „Man macht das Beste aus der Situation, so sind Unternehmer."

Man kann diese Haltung, die Grempels mit vielen teilt, pragmatisch nennen – oder opportunistisch. Vielleicht haben sich die deutschen Unternehmen in den USA aber auch einfach an Trump gewöhnt wie an einen verrückten Onkel, der seit Jahren auf Familienfeiern herumpoltert. Sie wissen, welche Sprüche sie von ihm zu erwarten haben und hoffen, dass er nicht alles davon ernst meint. **Ann-Kathrin Nezik**

Eine Mitarbeiterin von Meyer Burger begutachtet im Werk in Freiberg ein Solarmodul. FOTO: HENDRIK SCHMIDT/DPA

Zoff unter deutschen Solarfirmen

Der deutschen Solarindustrie geht es schlecht. Aber braucht sie deshalb Hilfe? Diese Frage spaltet inzwischen auch die Branche – und das könnte eine Lösung des Problems vereiteln.

Von Michael Bauchmüller und Nakissa Salvati

München – Wie man mit Arbeitsplätzen Druck machen kann, weiß die deutsche Solarbranche ganz gut. Zumal die Industrie im Land nach dem Niedergang vor gut einem Jahrzehnt ein Mahnmal dafür ist, wie schnell so eine Erfolgsgeschichte enden kann. Auch diesmal warnen deutsche Solarunternehmen vor Jobabbau: Es geht um eine geplante Sonderregel, die Europas Industrie helfen soll. Die Branche zieht dabei an einem Strang – nur in unterschiedliche Richtungen: Während die einen die neue Regel unbedingt verlangen, wollen die anderen sie unbedingt verhindern. Beide Seiten warnen vor Jobverlusten und Abwanderung. Der Konflikt ist selbst für die kampflustige Solarbranche bemerkenswert. Im Zentrum steht der massive Wettbewerbsdruck aus China – und die Frage, ob und wie der Staat darauf reagieren soll. Soll er die europäische Industrie stützen? Angesichts des Preisdrucks könne man natürlich sagen, „dann sind sie nicht wirtschaftlich genug, dann haben wir eben hier keine Solarindustrie", sagt Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am Montag. „Ich hielte das aber aus Energie- und Wirtschaftssicherheitsgründen für falsch." Europa müsse in der Solartechnologie eigene Fähigkeiten erhalten, und helfen sollen dabei sogenannte Resilienz-Boni. Damit soll Sonnenstrom stärker gefördert werden, wenn ein bestimmter Anteil der Solaranlagen in Europa gefertigt wird. „Ich hoffe, dass das jetzt zeitnah zum Abschluss kommt", sagt Habeck.

Die Zeit drängt. Der Schweizer Konzern Meyer Burger, größter Hersteller in Deutschland, droht mit der Schließung eines Werks im sächsischen Freiberg, sollte es keine Resilienz-Förderung geben. „Die Resilienz-Boni gleichen die Marktverzerrungen durch die erdrückenden Dumping-Preise der chinesischen Anbieter in Europa aus", sagt Meyer-Burger-Chef Gunter Erfurt. „So schaffen sie wieder einen fairen Markt."

ANZEIGE

Welche Apps haben (Mehr)wert?

Von A wie Autokauf bis W wie Wetter – es gibt kaum etwas für das es keine App auf dem Markt gibt. Unternehmen nutzen verstärkt den digitalen Zugang über Smartphones, um mit Kunden in Verbindung zu treten. Doch welche Apps haben für den User echten Mehrwert? Eine Studie im Auftrag des SZ Instituts gibt die Antwort.

Das komplette Ranking finden Sie hier:

http://tinyurl.com/apps-2024

Es gibt aber auch Firmen, die kaum selbst Solarmodule produzieren, oder sie manchmal sogar selbst in China produzieren. Sie verdienen Geld eher damit, schlüsselfertige Solaranlagen zu errichten. Je günstiger die Module, desto besser. Sie wehren sich mit Händen und Füßen gegen die Resilienz-Boni. Die Firma Enpal etwa warnt vor „Experimenten am Solarmarkt", die neue Unsicherheit schüfen, auch zulasten des Handwerks. „Für die Solarbranche ist das ein verheerendes Stop-and-Go, das Tausende Arbeitsplätze aufs Spiel setzt", sagt Enpal-Chef Mario Kohle. Die Boni könnten gar „monopolartige Strukturen" befördern.

Enpal-Mitbewerber 1Komma5° geht noch einen Schritt weiter. Mit viel Aplomb ist die Firma vorige Woche aus dem Bundesverband Solarwirtschaft (BSW) ausgetreten. Der BSW sei „ein Interessenverband für mehr Subventionen", sagt 1Komma5°-Chef Philipp Schröder. „Wir aber wollen von Förderung unabhängig werden." Jene Förderung, von der andere Firmen ihre Zukunft abhängig machen.

Was genau die Unternehmen umtreibt, darüber rätselt selbst das Bundeswirtschaftsministerium. Ein Gespräch mit den Streithähnen am vorigen Freitag jedenfalls konnte nur vorübergehend die Wogen glätten. Die Solaranlagen-Anbieter wähnen eine „Lex Meyer Burger", die letztlich nur die Geschäfte des größten deutschen Herstellers absichern solle. Die Hersteller wiederum vermuten, die Anlagen-Anbieter scheuten das Licht: Denn mit der neuen Regel könnten Verbraucher und Investoren auf die Idee kommen, die Herkunft ihrer Module genauer zu hinterfragen – schließlich könnten sie eine höhere Förderung für den eingespeisten Strom erhalten, je höher der Anteil europäischer Produktion ist. Auch ließen sich nicht mehr so gut Komplettpakete schnüren, wenn bestimmte Komponenten besonders gefördert würden. Jede Seite wirft die Anwürfe der anderen aufs Schärfste zurück.

Fest steht nur, dass die europäische Solarindustrie sich in der Krise befindet, obwohl der Solarstrom in Europa einen Boom erlebt. Das gute Dutzend hiesiger Hersteller aber hat es nicht nur mit übermächtiger, subventionierter Konkurrenz aus China zu tun. Zu allem Überfluss haben große Abnehmer wie die USA oder Indien teils den Handel mit China beschränkt oder unterstützen großzügig die eigene Industrie. Die Module landen also in Europa. Zudem wurde während der Pandemie und der Energiekrise offensichtlich, wie stark die europäische Wirtschaft von Zulieferungen aus China angewiesen ist. Europa war nicht krisenfest, resilient. Die EU ist seitdem bemüht, dass Firmen Teile der Produktion wieder nach Europa verlegen oder zumindest hier halten. Auch der Plan für eine klimafreundliche Industrie, auf den sich die europäischen Institutionen kürzlich geeinigt haben, sieht Resilienz-Mechanismen vor. Allerdings muss er erst in Kraft treten.

Da könnte jenes Solarpaket schneller wirken, mit dem die Ampelkoalition die Resilienz zum Teil des Erneuerbare-Energien-Gesetzes machen wollte. Eigentlich soll es kommende Woche durch den Bundestag. Doch einig sind die Fraktionen bisher nicht, vor allem in der FDP gibt es Vorbehalte. Der Zeitplan wankt. Dabei hatten zuletzt auch die Bundesländer den Druck auf den Bund erhöht: „Die mittlerweile dramatische Situation erlaubt kein weiteres Zögern, sondern erfordert sofortiges Handeln", hielten die Chefs der Staatskanzleien nach einem Treffen vorigen Freitag fest. Es drohe der Verlust einer „für das Gelingen der Energiewende essenziellen Industrie". Tausende Arbeitsplätze seien in Gefahr.

Nur welche? Nach Meyer Burger will mittlerweile auch der Hersteller Solarwatt Folgen für sein Werk in Dresden nicht mehr ausschließen. 1Komma5° wiederum hat ein Werk in Deutschland geplant, in dem Module mit Komponenten aus China hergestellt werden sollen. Das stehe jetzt infrage, für den Wirtschaftsstandort sei das „eine Katastrophe", sagt Firmenchef Schröder. Eine Katastrophe also so oder so. Fragt sich nur, welche größer ist.

VERLAGSANGEBOT

Foto: iStock

Hier steckt mehr drin

Mobile Apps sind allgegenwärtig – doch nicht alle von ihnen können überzeugen. Welche Programme bieten den Nutzern einen echten Mehrwert im Alltag?

Die Digitalisierung hat unseren Alltag rasant verändert. Heute gibt es für fast alles eine App, denn immer mehr Unternehmen nutzen den digitalen Zugang zu Kunden und Interessenten über das Smartphone als intensiv genutzten Alltagsbegleiter. Dabei sind erwachsene Konsumenten längst nicht die einzige Zielgruppe, die für App-Entwickler von großem Interesse ist. Aktuelle Studien belegen, dass schon in der Altersgruppe der 14 bis 19-jährigen rund 94,2 Prozent ein Smartphone besitzen und damit potentielle Verwenderinnen und Verwender von Apps sein können. Kein Wunder also, dass auch das Thema der Schul- und Lernapps den weltweiten Markt verstärkt erobern konnte.

Der Wert einer App liegt nicht mehr nur in ihrer bloßen Existenz, sondern in ihrer Fähigkeit, das Leben der Nutzer nachhaltig zu verbessern. Eine App mit echtem Mehrwert geht über die Grundfunktionen hinaus und passt sich den individuellen Erfordernissen und Lebensstilen an. In diesem Kontext hat ServiceValue im Auftrag des SZ Instituts eine umfassende Kundenbefragung durchgeführt, um genau zu identifizieren, welche Apps aus Sicht der Endnutzer aktuell einen klaren Mehrwert bieten.

Die Studie wurde als Online-Umfrage im Zeitraum Dezember 2023 bis Januar 2024 durchgeführt. Der methodische Ansatz beinhaltete die Einladung von Panelisten zur Bewertung einer selektiven Auswahl mobiler Anwendungen, wobei die Teilnehmer angeben sollten, ob sie diese in den letzten 12 Monaten genutzt hatten. Insgesamt wurden 611 Apps aus 55 Kategorien untersucht.

„Wenngleich die Apps für die Unternehmen anhand der eingeholten Registrierungsdaten der App-Nutzer in der Regel eine hohen Mehrwert bedeuten, fällt die spiegelbildliche Nutzenbewertung aus Verbrauchersicht durchaus differenzierter aus.", erklärt Denis Carlsen von der ServiceValue GmbH. Von den insgesamt 611 Apps im Gesamtranking konnten 166 Apps das Prädikat „Hoher Mehrwert" und weitere 174 Apps sogar die Auszeichnung „Sehr hoher Mehrwert" erreichen.

Die gesamtwirtschaftliche Situation macht sich auch bei den App-Trends bemerkbar: So erleben beispielsweise Supermarkt-Apps derzeit eine verstärkte Nachfrage. Insbesondere REWE – Online Supermarkt, ALDI SÜD Angebote & Prospekte, PENNY Angebote & Coupons und Lidl Plus wurde von den Panelisten ein „sehr hoher Mehrwert" attestiert.

Die Spitzenposition im Ranking-Vergleich konnte sich auch in diesem Jahr die App des Shopping-Giganten Amazon mit einer Kundenbewertung von 4,0 Punkten sichern.

SZ Institut

Mobile Apps
Sehr hoher Mehrwert 2024

Im Vergleich: 611 Mobile Apps
In Kooperation mit:
ServiceValue
Süddeutsche Zeitung, Februar 2024

Das komplette Ranking finden Sie hier:

http://tinyurl.com/apps-24